LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/20603**

20.07.2026

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 8209 vom 23. Juni 2026
der Abgeordneten Henning Höne und Dietmar Brockes FDP
Drucksache 18/20103

Austausch mit der EU-Kommission: Hat die Landesregierung in diesem Jahr gleich ganz auf einen wirtschaftspolitischen Impuls verzichtet, weil ihr Vorstoß im letzten Jahr ohne Wirkung geblieben ist?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Ministerpräsident Hendrik Wüst, seine Stellvertreterin und Wirtschaftsministerin Mona Neubaur und der Minister für Europaangelegenheiten Nathanael Liminski haben sich erneut zusammen mit Wirtschaftsvertretern mit der Europäischen Kommission zu einem Austausch getroffen. Im letzten Jahr fand dieser Austausch gemeinsam mit zwölf Konzernchefs großer nordrhein-westfälischer Unternehmen mit der EU-Kommissionspräsidentin statt. Dass Handwerk, Mittelstand und Freie Berufe an dem Gespräch nicht beteiligt wurden, hatte zu deutlicher Kritik geführt. Eine Begründung für die Nicht-Berücksichtigung konnte die Landesregierung nicht liefern (Antwort auf die Kleine Anfrage 6116). In diesem Jahr fand der Austausch mit dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Stéphane Séjourné, statt. Daran wurden nun mit einjähriger Verspätung auch Vertreter aus Mittelstand und Handwerk beteiligt. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen und zeigt, dass die Kritik, insbesondere auch der FDP-Landtagsfraktion NRW, Wirkung gezeigt hat.

Beim Austausch mit der EU-Kommission vor einem Jahr wurde zudem ein Impulspapier mit dem Titel „Europapolitischer Impuls aus Nordrhein-Westfalen“ übergeben. Mit den diesjährigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Austausches wurde offenbar kein eigener handwerks- oder mittelstandspolitischer Impuls erarbeitet, sondern lediglich der „Realitätscheck Wasserstoff“ übergeben. Dies verwundert umso mehr, da sich in der Praxis längst zeigt, dass trotz Rekordsubventionen der Traum von der Stahlproduktion mit grünem Wasserstoff in Nordrhein-Westfalen eine schwarz-grüne Phantasie bleibt. Es wäre daher im Sinne des Wirtschaftsstandortes NRW viel zielführender gewesen, sich um die entscheidenden Fragen der Wettbewerbsfähigkeit in Nordrhein-Westfalen und Europa zu kümmern.

Fraglich ist allerdings ohnehin, ob der letztjährige Impuls irgendeine Wirkung auf europäischer Ebene erzielt hat. Auch wenn der Ministerpräsident in der aktuellen Pressemitteilung der Landesregierung den Eindruck erweckt, dass der letztjährige Austausch konkrete Ergebnisse hervorgebracht und gezeigt habe, dass Politik einen Unterschied mache, bleibt dies weiter unbelegt. Denn über eine Reaktion auf das Impulspapier seitens der EU-Kommission oder von Ursula von der Leyen persönlich ist trotz Debatte im Landtag in einer Aktuellen Stunde und verschiedenen Nachfragen bisher nichts bekannt. Es bleibt also weiterhin der Eindruck, dass für

Datum des Originals: 20.07.2026/Ausgegeben: 24.07.2026

den letztjährigen Austausch mit der EU-Kommissionspräsidentin gilt: Außer Spesen nichts gewesen. Es stellt sich daher die Frage, ob die Landesregierung in diesem Jahr auf einen umfassenden wirtschaftspolitischen Impuls direkt verzichtet hat, weil ihr Vorstoß im letzten Jahr ohne Wirkung geblieben ist. Dabei hatte Ministerpräsident Hendrik Wüst die Debatte noch mit den Worten begleitet: „Deswegen hat unsere Stimme auch in Brüssel Gewicht.“ Es bleibt weiter unklar, worin sich dieses Gewicht konkret niedergeschlagen haben soll. Offenbar hat die Landesregierung den Einfluss ihres Vorstoßes größer eingeschätzt, als er sich bislang nachweisen lässt. Ob aus dem diesjährigen Austausch konkrete Maßnahmen der EU-Kommission zu Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere für Mittelstand und Handwerk folgen, bleibt ebenfalls abzuwarten.

In der Pressemitteilung der Staatskanzlei zum Austausch des Ministerpräsidenten mit der Kommissionspräsidentin der Europäischen Union, Ursula von der Leyen, vor einem Jahr, wurde Hendrik Wüst zudem mit der Beschreibung Nordrhein-Westfalens als „Wachstumsmotor für ganz Europa“ zitiert. Auf mehrfache Nachfrage (Kleine Anfragen 6040 und 6609) konnte die Landesregierung nicht überzeugend erklären, wie der Ministerpräsident bei seinem PR-Auftritt in Brüssel zu dieser Aussage kam. Anlässlich des diesjährigen Austausches mit dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Stéphane Séjourné, wurde die Aussage durch den Ministerpräsidenten im exakten Wortlaut nicht mehr verwendet.

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und Chef der Staatskanzlei hat die Kleine Anfrage 8209 mit Schreiben vom 20. Juli 2026 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit der Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie beantwortet.

1. Wieso wurden Mittelstand und Handwerk erst mit einjähriger Verspätung am Austausch der Landesregierung mit der EU-Kommission beteiligt?

2. Warum wurden Freiberuflerinnen und Freiberufler auch in diesem Jahr nicht mit eigenen Vertreterinnen und Vertretern beim Austausch mit der EU-Kommission berücksichtigt?

Aus Gründen des Sachzusammenhangs werden die Fragen 1 und 2 gemeinsam beantwortet.

Bereits am Austausch mit der Präsidentin der Europäischen Kommission im Jahr 2025 nahm mit Herrn Arndt G. Kirchhoff der Vorsitzende des Mittelstandsbeirats Nordrhein-Westfalen und Präsident von unternehmer.nrw teil. Damit war die mittelständische Perspektive in das Gespräch eingebunden. Die weitere Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfolgte mit Blick auf zentrale industrie- und wettbewerbspolitische Herausforderungen sowie eine breite sektorale Abdeckung wesentlicher Branchen Nordrhein-Westfalens.

Der Austausch mit Exekutiv-Vizepräsident Stéphane Séjourné hatte eine andere Schwerpunktsetzung. Die Themenauswahl erfolgte nach Austausch mit dem Kabinett von Exekutiv-Vizepräsident Séjourné entlang der Initiativen aus seinem Zuständigkeitsbereich, insbesondere Binnenmarkt, Industriepolitik, Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Skalierung sowie Resilienz und wirtschaftliche Sicherheit. Vor diesem Hintergrund wurden gezielt Vertreterinnen und Vertreter von Mittelstand, Handwerk, Kammern, Verbänden sowie Unternehmen einbezogen, die diese Themen aus der Praxis abbilden konnten. Dabei waren die Freien Berufe nicht Gegenstand der Schwerpunktsetzung dieses konkreten Gesprächsformats. Ihre Anliegen werden selbstverständlich von der Landesregierung in anderen fachlichen und politischen Austauschformaten berücksichtigt. Wie im Vorjahr wird die Landesregierung die eingebrachten

Impulse im Anschluss weiterverfolgen und in geeigneter Weise in den weiteren Austausch mit der Europäischen Kommission einbringen.

3. Welche weiteren Gespräche der Landesregierung mit der EU-Kommission hat es zum „Europapolitischer Impuls aus Nordrhein-Westfalen“, der im letzten Jahr der EU-Kommissionspräsidentin übergeben wurde, gegeben?

Die Landesregierung nutzt unterschiedliche Formate, um die Anliegen des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen in europäische Debatten einzubringen.

Dazu zählen Gespräche auf politischer Ebene, der Austausch mit Kabinetten von Mitgliedern der Europäischen Kommission und mit Generaldirektionen, schriftliche Initiativen, gemeinsame Schreiben mit anderen Ländern und europäischen Regionen sowie die Mitwirkung in themenspezifischen Formaten der Europäischen Kommission.

Ein besonders sichtbares Beispiel ist der „Realitätscheck Wasserstoff“. Damit hat Nordrhein-Westfalen eine beim Austausch mit der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, vereinbarte Folgearbeit umgesetzt. Gemeinsam mit Unternehmen wurden Praxiserfahrungen ausgewertet und Handlungsempfehlungen für einen schnelleren Wasserstoffhochlauf erarbeitet. Der Realitätscheck liefert damit einen konkreten Beitrag zur Klärung einer für Europa und insbesondere das Industrieland Nordrhein-Westfalen zentralen Standortfrage. Der Realitätscheck wurde beim Austausch mit Exekutiv-Vizepräsident Stéphane Séjourné übergeben und der Europäischen Kommission zur weiteren Befassung zur Verfügung gestellt.

Weitere Schwerpunkte der Anschlusskommunikation lagen insbesondere auf Wettbewerbsfähigkeit, Binnenmarkt, Industriepolitik, Energie- und Klimapolitik, Bürokratieabbau, Innovation und wirtschaftlicher Resilienz. Diese Themen wurden in politischen Gesprächen, fachlichen Austauschformaten und themenspezifischen Initiativen gegenüber der Europäischen Kommission weiterverfolgt.

Der Europapolitische Impuls aus Nordrhein-Westfalen ist damit nicht als einmaliges, abschließendes Papier zu verstehen, sondern als Bestandteil eines fortlaufenden Dialogs mit der Europäischen Kommission.

4. Welche konkreten Maßnahmen hat die EU-Kommission aufgrund des „Europapolitischen Impulses aus Nordrhein-Westfalen“ der Landesregierung seit dem Austausch im letzten Jahr zur Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen ergriffen?

Ziel des Impulses war es, zentrale Anliegen des größten industriellen Bundeslandes in die europäische Debatte einzubringen und gemeinsam mit führenden Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen konkrete Signale für Wettbewerbsfähigkeit, Industriepolitik, Energie, Transformation, Handel, Bürokratieabbau, Innovation und technologische Souveränität zu setzen.

Die im Impuls adressierten Themen haben seitdem in verschiedenen Initiativen der Europäischen Kommission ihren Niederschlag gefunden. Dazu zählen insbesondere Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Industrie und des Binnenmarkts, zur Vereinfachung europäischer Regulierung, zur Anpassung des CO_2-Grenzausgleichssystems, zur Stärkung digitaler und

technologischer Souveränität sowie zur Weiterentwicklung der europäischen Energie- und Klimapolitik.

Zu nennen sind unter anderem der Vorschlag für einen Industrial Accelerator Act, die Weiterentwicklung des CO_2-Grenzausgleichssystems mit Blick auf nachgelagerte Produkte und Umgehungsrisiken, mehrere Omnibus- und Vereinfachungsinitiativen, die Mitteilung der Europäischen Kommission zu einem einfacheren, klareren und besser durchsetzbaren EU-Regelwerk sowie Initiativen im Bereich Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Cloud-Infrastrukturen und Halbleiter. Auch die europäische Bioökonomiestrategie, die Vorschläge im Bereich Biotechnologie sowie energie- und netzpolitische Initiativen greifen Themen auf, die für Nordrhein-Westfalen als Industrie-, Energie- und Innovationsstandort von besonderer Bedeutung sind.

Die Landesregierung bewertet diese Entwicklungen als wichtige Schritte, sieht aber zugleich weiteren Handlungsbedarf. Dies gilt insbesondere bei wettbewerbsfähigen Energiepreisen, einer praxistauglichen Ausgestaltung des europäischen Emissionshandels, der weiteren Vereinfachung von Regulierung, der Stärkung industrieller Wertschöpfungsketten, der handelspolitischen Absicherung fairer Wettbewerbsbedingungen sowie beim Hochlauf von Wasserstoff, Kreislaufwirtschaft, Bioökonomie und klimaneutralen Industrietechnologien.

Der „Europapolitische Impuls aus Nordrhein-Westfalen“ hat damit zentrale Themen adressiert, die weiterhin im Mittelpunkt der europäischen Wettbewerbsfähigkeitsagenda stehen. Die Landesregierung wird diese Themen auch künftig gegenüber der Europäischen Kommission, den Mitgliedstaaten und den europäischen Regionen einbringen.

5. Ist Ministerpräsident Hendrik Wüst weiterhin der Auffassung, dass Nordrhein-Westfalen gegenwärtig ein „Wachstumsmotor für ganz Europa“ ist?

Nordrhein-Westfalen ist aufgrund seiner industriellen Substanz, seiner starken mittelständischen Wirtschaft, seiner Forschungs- und Innovationslandschaft, seiner engen europäischen Wertschöpfungsketten und seiner zentralen Rolle bei der Transformation energieintensiver Industrien ein Wachstumsträger für Deutschland und Europa. Die Landesregierung hat bereits in früheren Antworten dargelegt, dass sich diese Bewertung nicht allein an kurzfristigen Konjunkturdaten bemisst, sondern an der strukturellen und langfristigen Bedeutung Nordrhein-Westfalens für die europäische Wirtschaft.